

# Zur Problematik militärischer Intervention

von Arno Truger

Die steigenden weltweiten wirtschaftlichen, politischen, ökologischen und militärischen Abhängigkeiten führen dazu, dass Krisen weltweit Auswirkungen haben (Weltmarkt, Klima-Veränderungen, Migration, Demokratieabbau, Rüstungsproliferation). Damit verbunden verfällt das Gebot der „Nichteinmischung“ in innerstaatliche Konflikte immer mehr zugunsten der Legitimität der Einmischung. Insbesondere sehen sich internationale staatliche und nichtstaatliche Zusammenschlüsse, die sich Sicherheits- und Friedenspolitik zur Aufgabe gemacht haben, herausgefordert, konfliktregulierend einzugreifen. Dazu trägt auch eine erweiterte Möglichkeit bei, diese Herausforderungen anzunehmen, nachdem die Aufteilung in Interessenssphären und die damit einhergehende Blockierung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zwischen NATO und Warschauer Pakt weitgehend wegfielen.

Die beschriebene Entwicklung bietet den Legitimationshintergrund für den Ausbau militärischer Anstrengungen und die Wahrnehmung machtpolitischer Interessen weltweit. Um machtpolitische Interessen weltweit wahrzunehmen und die militärischen Anstrengungen zu legitimieren, werden Sicherheitsdefizit und Verteidigungsbegriff im Hinblick auf eine globale Risikowahrnehmung erweitert, wozu auch die Terroranschläge vom 11. September 2001 als Legitimation dienen. Der „neue amerikanische Internationalismus“ (US Senator McCain) ist hierfür das herausragende Beispiel.

Allerdings werden die Bemühungen, durch Rüstung und militärische Vorkehrungen Konflikte zu lösen und Kriege zu verhindern, immer unglaubwürdiger und stellen sich immer mehr als kontraproduktiv heraus. Die militärischen Einsätze am Golf, in Somalia, in Jugoslawien und in Afghanistan zeigten sehr deutlich:

- Bereits die Vorbereitung auf den militärischen Einsatz als "Ultima Ratio" bzw. letztes Mittel bedeutet eine Präformierung und militärische Majorisierung der Konfliktlösungsbemühungen. Auch die Drohung mit militärischen Zwangsmaßnahmen von außen als Beitrag zur Konfliktlösung hat nicht zu

einer Deeskalation der Konflikte geführt. Im Gegenteil: Sie hat den "Hardlinern" unter den Konfliktparteien Auftrieb gegeben und zur weiteren Eskalation beigetragen.

- Die Aufrüstung von Konfliktparteien gegen Feinde, die als Bedrohung eingestuft werden nach dem Motto „der Feind meines Feindes ist mein Freund“, führt eher zur Eskalation von Konflikten als zu deren Deeskalation, wie die Beispiele Saddam Hussein, Noriega und Osama Bin Laden zeigten.
- Durch militärische Zwangsmaßnahmen werden politische Lösungen meist nicht erleichtert, sondern erschwert. Sie helfen nicht, die den Konflikten zugrundeliegenden Probleme zu lösen (Bsp. Kosovo).
- Durch militärische Zwangsmaßnahmen werden große Zerstörungen angerichtet, die eine langwierige Rekonstruktion der Gesellschaft in materiellen, sozialen und psychologischen Bereichen erforderlich machen.
- Besonders im Kontext gewaltförmiger innerstaatlicher Auseinandersetzungen sind militärische Zwangsmaßnahmen im Vergleich zu deren Anwendung bei zwischenstaatlichen Kriegen schwieriger. Vor allem die Zivilbevölkerung ist dabei die Leidtragende (Bsp. „Kollateralschäden“).
- Die Durchführung von Interventionen ohne Mandat der Vereinten Nationen durch die USA oder die NATO führt zu einer Schwächung der Vereinten Nationen und der Bedeutung der Konfliktlösungsmechanismen internationaler staatlicher Institutionen und des internationalen Rechts.
- Die politische und propagandistische Vorbereitung und Begleitung militärischer Zwangsmaßnahmen haben demokratiepolitisch bedenkliche Entwicklungen zur Folge. Sie führen zum Aufbau und der subjektiven Bestätigung von Vorurteilen und Feindbildern sowie von militärischem Sicherheitsdenken einschließlich der Legitimation und der Durchsetzung von Rüstungsmaßnahmen.
- Die volkswirtschaftlichen Kosten von Rüstung und militärischen Zwangsmaßnahmen sind enorm und verhindern maßgebliche Beiträge zur Verringerung der Kluft zwischen Reich und Arm.

## Europäisches Sozialforum

Anfang diesen Jahres fand das zweite Weltsozialforum als internationales Treffen der globalisierungskritischen Bewegung im brasilianischen Porto Alegre mit 60.000 Menschen statt. Dort entstand die Idee, den Geist von Porto Alegre in die Kontinente zu tragen und regionale Sozialforen zu veranstalten.

So ist es geschehen - das **erste Europäische Sozialforum (ESF)** vom 6. bis 10. November in Florenz wurde zum ersten europaweiten Treffpunkt der globalisierungskritischen Bewegung. Viele Menschen konnten sich hier enger vernetzen, im direkten Austausch gemeinsame Forderungen entwickeln und neue Bündnisse entstehen lassen.

Das Programm gruppierte sich um die drei Achsen "Neoliberalismus und Globalisierung", "Krieg und Frieden" und "Menschen- und Bürgerrechte/ Staatsangehörigkeit/Demokratie".

## Veranstaltungstipp

### Berichte und Perspektiven zum European Social Forum Florenz

**Mi, 4. Dez. '02, 18:00 Uhr**  
Arbeiterkammer, Markus Sittikus Str. 10  
5020 Salzburg

salzburg  
**social**  
forum

[www.socialforumsalzburg.org](http://www.socialforumsalzburg.org)